# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 20 mm breite mm-Zeile im Textteil 1.10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 65 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 21601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2960 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 23 × Sonntag, 27. Januar 1935 43. Jahrgang


# Die Mission des deutschen Bauern

**Der Führer über die deutsch-polnische Verständigung – Die deutsche Wehrmacht in der Zukunft – Die Hilfsaktion am 30. Januar**

## Grüne Woche Berlin 1935

**Eröffnung der großen Schau der Landwirtschaft**

× Berlin, 26. Januar

Die „Grüne Woche Berlin 1935", die Ausstellung des deutschen Bauerntums, veranstaltet von der Gemeinnützigen Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsgesellschaft unter Mitwirkung des Reichsnährstandes, wurde heute vormittag in Gegenwart von über 1000 Ehrengästen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens feierlich eröffnet. Auch Bauernabordnungen aus Frankreich, Norwegen, Polen, Schweden und Ungarn sind nach Berlin gekommen, um diese größte Winterschau zu besuchen. Vor der Ausstellungshalle I wehen von hohen, mit Tannengrün umrankten Masten die Hakenkreuzfahnen und die schwarzweißroten Fahnen. In dem gewaltigen Festraum, in dem die feierliche Eröffnung der Ausstellung stattfand, grüßte ein riesiges Bild des deutschen Bauern, der inmitten eines Kornfeldes steht.

Als Ehrengäste wohnten der Eröffnungsfeier u. a. bei die Reichsminister v. Blomberg, Freiherr v. Eltz-Rübenach, Dr. Hans Frank, Kerrl, Graf Schwerin-Krosigk und Seldte. Zahlreich waren die Diplomaten vertreten. Auch der Adjutant des Führers, Wilhelm Brückner, war anwesend. Mit der Ouvertüre zur Oper „Der Freischütz", gespielt vom Landesorchester Gau Berlin unter Leitung von Professor Dr. h. c. Gustav Havemann, wurde der feierliche Akt eingeleitet. Dann sprach

**Oberbürgermeister Dr. Lahm**

herzliche Begrüßungsworte. Wohl niemand habe, so sagte er, ein stärkeres Interesse an einer leistungsfähigen und leistungsfreudigen Landwirtschaft als gerade die großen Städte; nirgends als in den Fragen der Ernährung komme so stark die Schicksalsverbundenheit zur Geltung, die alle schaffenden Kräfte unsres Volkes in Stadt und Land zu einer Notgemeinschaft unlösbar verknüpfe.

**Ministerpräsident Göring**

führte dann u. a. aus: Landwirtschaft und Forstwirtschaft stehen hier nebeneinander in brüderlicher Eintracht, um dem deutschen Volk zu zeigen, wie sie, jede für sich und doch beide miteinander, arbeiten und schaffen an dem Werke, das ihnen der Führer gewiesen hat.

**Gleiche Aufgaben verbinden Landwirtschaft und Forstwirtschaft:**

die Bedarfsdeckung des Volkes mit wichtigsten Gütern in der aufgezwungenen Autarkie. Beide ruhen Blut und Boden und haben die große Aufgabe, den Proletarier durch Seßhaftmachung und Siedlung und Heimstättengründung vom internationalen Irrwahn zu befreien. Wir wollen dem deutschen Volk den Naturwald wiedergeben und ihn so bewirtschaften, daß er seinen kulturellen, sozialen und nationalwirtschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann. Zur Forstwirtschaft wie zur Landwirtschaft gehört aber auch die Jagd. Deshalb ist mit der „Grünen Woche" eine Jagdausstellung verbunden. Aufgabe der Jagd ist nicht nur Hege des Wildes und Erhaltung eines artenreichen, gesunden Wildbestandes zur Freude der Volksgenossen, sondern auch die Mitwirkung an der Festigung der Ernährungsgrundlage für das deutsche Volk. Ein Symbol dafür war die

**freudige Mitarbeit am Winterhilfswerk.**

Die deutsche Jägerschaft hat, von mir zum Winterhilfswerk aufgerufen, vom 9. bis 15. Januar folgende Wildbretmengen zur Ablieferung gebracht: 210 000 Stück Wild im Gewicht von 1300 Tonnen und im Werte von 1 Million Mark. Dazu kam noch ein erhöhter Barbetrag von 150 000 Mark. Die Gesamtsumme der deutschen Jägerschaft beträgt demnach 1,1 Million Mark. — Junge Bauern und Bäuerinnen aus der Kurmark sangen im Anschluß an die Festrede des Ministerpräsidenten das deutsche Bauernlied „Blut und Boden". Dann sprach

## Reichsminister und Reichsbauernführer Darré.

Der Reichsbauernführer erinnerte zu Beginn seiner Rede daran, daß der Führer die nationalsozialistische Agrarpolitik zu einem Angelpunkt der nationalsozialistischen Gesamtpolitik gemacht hat und fuhr dann fort: Heute, nach einem Jahre zielbewußten Aufbaues, ist es zum erstenmal auf einer Grünen Woche auch möglich, von den

**Leistungen der nationalsozialistischen Agrarpolitik**

Kenntnis abzulegen. Da für den Aufbauwillen des Nationalsozialismus in jeder Leistung eine neue Aufgabenstellung mit eingeschlossen ist, ist die Grüne Woche zugleich ein Wegweiser zu neuen Aufgaben und Zielen. Es ergibt sich zwischen der Darstellung der lebensgesetzlichen Bedeutung des Reichserbhofgesetzes und der Lehrschau über die Auswirkung des Reichsnährstandgesetzes und der auf ihm begründeten nationalsozialistischen landwirtschaftlichen Markt- und Preisordnung ein unmittelbarer Zusammenhang. Diese Lehrschau führt die Bezeichnung „Sozialismus der Tat". Der in ihr begründet liegende Anspruch besteht zu Recht, erbringt doch die Lehrschau erneut den eindringlichen Nachweis, daß die nationalsozialistische landwirtschaftliche Markt- und Preisordnung

**das wichtigste Werkzeug einer sozialen Befriedung des deutschen Volkes,**

ist, da es ein für allemal die Frage der Preisbildung für Lebensmittel und ihrer Verteilung herauslöst aus dem wirtschaftlichen Interessentenstreit und ausschließlich den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten unterordnet. Daß in diesem Bestreben die nationalsozialistische Agrarpolitik auch nicht davor zurückschreckt, erhebliche Opferleistungen von dem deutschen Bauern zu fordern, beweist die Preisentwicklung in diesem Wirtschaftsjahre. Ebenso kann anderseits der deutsche Bauer sicher sein, daß er bei reichen Ernten vor dem unter der Herrschaft des Wirtschaftsliberalismus ebenso zwangsläufig einsetzenden übermäßigen Preisdruck bewahrt bleibt. Die Gewißheit des Einsatzes aller für alle ist die entscheidende Voraussetzung für die von den deutschen Bauern in der

**Erzeugungsschlacht**

geforderte allseitige Leistungssteigerung; denn sie gibt ihm die Gewähr, daß seine Leistungssteigerung auch den verdienten Lohn finden wird. In dieser Gewißheit stellt die diesjährige Grüne Woche in den Mittelpunkt ihrer Darstellungen eine Lehrschau über die Ziele und Aufgaben der deutschen Erzeugungsschlacht. Erst die sozialistische Neuordnung der Landwirtschaft durch Marktregelung und Festpreissystem hat die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der deutsche Bauer seiner wichtigsten nationalpolitischen Aufgaben gerecht werden kann,

**die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes,**

d. h. seinen keine Entbehrungen erfordernden Mindestbedarf an Lebensmitteln aus eigener Scholle zu sichern. Daß damit von der deutschen Landwirtschaft nichts Unmögliches gefordert wird, beweist schon allein die Tatsache, daß, wenn es gelingt, die 60 Prozent schlechter wirtschaftender Bauern und Landwirte an die durchschnittliche Wirtschaftsleistung der 40 Prozent besser wirtschaftenden anzugleichen, das Ziel der deutschen Nahrungsfreiheit vollkommen erreicht wird. Das Ziel der deutschen Erzeugungsschlacht steht nicht, wie von ausländischer Seite teilweise befürchtet worden ist, in Widerspruch zu unserm ehrlichen Willen, zu einem

**regeren Warenaustausch mit uns befreundeten Staaten**

zu gelangen. Ist das Ausland bereit, der deutschen Ausfuhrindustrie durch gesteigerte Abnahme ihrer Fabrikate wieder bessere Verdienstmöglichkeiten zu bieten, so wird sich das automatisch in einer Verbesserung der deutschen Lebenshaltung über die gegenwärtige Befriedigung des deutschen Mindestbedarfs hinaus auswirken und nicht zuletzt den landwirtschaftlichen Ausfuhrländern zugute kommen. Jeder Freiheit und Frieden liebende Staat aber wird — so dürfen wir erwarten — Deutschland das notwendige Verständnis nicht versagen, wenn es daran geht, durch seine Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelerzeugung seine Freiheit und seinen Frieden zu sichern, indem es sich von der ständigen Bedrückungsmöglichkeit freimacht, die stets gegeben ist, wenn nicht die Ernährung aus eigener Scholle in allen lebenswichtigen Nahrungsmitteln gesichert ist. Die deutsche Erzeugungsschlacht ist — das ist ihr tiefster Sinn — ein Werkzeug der nationalsozialistischen Freiheits- und Friedenspolitik.

Mit dem Gesang des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes fand die Feier ihren Abschluß.

## Von Sonntag zu Sonntag

**Was im Ausland geschah – Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche**

### Das europäische Labyrinth

Aus dem griechischen Altertum wird die Sage vom Labyrinth des Königs Minos auf Kreta überliefert. In den Gängen dieses Labyrinths mußte sich jeder, der es betrat, hoffnungslos verirren, fand keiner den Ausgang mehr, fielen alle dem menschenfressenden Ungeheuer Minotauros zum Opfer, das im Innersten hauste. Bis eines Tages der attenische Nationalheld Theseus den Minotauros erschlug, sich dank dem Faden, den ihm die Königstochter Ariadne gegeben hatte, auch glücklich wieder aus den Irrgängen herausfand und so das Volk von der Zwingherrschaft befreite, deren Mittelpunkt diese labyrinthische Burg gewesen war.

An das Labyrinth des Minos wird jeder erinnert, der versucht, in das Gewirr der Pakte einzudringen, die von der französischen Diplomatie kreuz und quer durch Europa gezogen wurden, und an deren Bau, neuerdings unterstützt durch die Moskauer Politiker, immer noch eifrig weitergearbeitet wird. Es gibt wohl nicht allzu viele Menschen, die auch nur eine einigermaßen klare Vorstellung haben von dem wirren und unübersichtlichen Völkerkatherbauwerk an Pakten, das in letzter Zeit in Europa errichtet wurde. Und selbst wirklichige französische Politiker wissen ganz genau, daß sich die europäische Politik hoffnungslos in dem Gängegewirr dieser Zufallsperlen verirrt hat, daß die Baumeister selber keinen Ausweg mehr finden und daß der Ariadnefaden, der Europa ins Freie führen kann, noch nicht gefunden wurde.

### Verfolgungswahnsinn

Die „Paktomanie", wie man diese Krankheit der modernen westeuropäischen Diplomatie genannt hat, ist eine Abart des Verfolgungswahnsinns. Durch immer neue, einander überschneidende Verträge versucht Frankreich, sich jenes Gefühl der Sicherheit zu verschaffen, das es scheinbar aus eigener Kraft nicht aufbringen kann. Am Anfang stand der Völkerbundspakt, der eigentlich die Garantie einer ewigen Sicherheit enthalten sollte. Aber er genügte sehr bald nicht mehr. Frankreich arbeitete in diesen Völkerbundspakt sein südosteuropäisches Sonderbündnissystem ein, die Kleine Entente. Dann kam der Locarnopakt, der Frankreichs und Deutschlands Grenzen garantierte. Aber auch er genügte nicht. Immer wieder wurden neue Garantieverträge zur Diskussion gestellt, und nachdem Barthou zu Beginn des Jahres 1934 das Außenministerium übernommen hatte, trat diese Sicherheitspsychose in ein besonders akutes Stadium. Pakt wurde nunmehr auf Pakt getürmt. Der Ostpakt kam, der Frankreich, Rußland, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten aneinander bindet, und dem auch Polen und Deutschland beitreten sollen. Nach Barthous Sturz entstand dem Ostpakt ein von Rußland höchst mißtrauisch angesehener Rivale in den römischen Protokollen. Diese römischen Protokolle enthalten ein ganzes Paktbündel. Erstens einen französisch-italienischen Kolonialtauschpakt, dann den österreichischen Nichteinmischungspakt, der alle an Oesterreich grenzenden Staaten und darüber hinaus Frankreich und auch Rumänien aneinander bindet. Zu ihm tritt noch ein Garantiepakt, durch den sich alle Unterzeichner des Nichteinmischungspaktes noch einmal gegenseitig ihre Grenzen garantieren. Dieser Pakt wieder soll verbunden werden mit dem Komplex der zwischen Rumänien, Jugoslawien, der Türkei und Griechenland abgeschlossenen Balkanverträge, wobei allerdings die Meinungen und Ansichten noch stark auseinandergehen und die Interessen sich hoffnungslos verfilzen, da verschiedene Staaten gleichzeitig Mitglieder verschiedener Paktsysteme sind. Im Nebel der Zukunft taucht ebenfalls mit dem Donau- und dem Balkanpakt verbunden ein Mittelmeerpakt zwischen Italien, Jugoslawien, der Türkei und Griechenland unter französisch-englischem Protektorat auf. Auf russischen Wunsch wurden Donaupakte und Ostpakt „parallel geschaltet" und möglichst eng miteinander verbunden.

### Deutschland und die Kollektivpakte

Und trotzdem genügt dieser Wolkenkratzer von Pakten dem französischen Sicherheitsgefühl immer noch nicht. Das ist kein Wunder. Die Sicherheit Europas kann durch ein derartig kompliziertes Massenpaktsystem nicht aufrechterhalten werden, dessen Bestimmungen von keinem Staat völlig übersehen werden können, dessen Verpflichtungen einander teilweise gegenseitig aufheben, das jeden zu allem Möglichen verpflichtet und berechtigt, in Wirklichkeit aber niemanden zu irgend etwas. Die deutsche Politik lehnt diesen Weg, der keinesfalls zur Sicherheit und zum Frieden führen kann, ab. Das hat der Führer und Reichskanzler erst gestern wieder in seiner Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der Warschauer „Gazeta Polska" unterstrichen, als er sagte:

**„Wir können unter einer internationalen Zusammenarbeit nicht verstehen die Uebernahme undurchsichtiger Verpflichtungen mit Konsequenzen, die am Ende ohne Berücksichtigung der nationalen deutschen Interessen uns dorthin führen können, wohin wir aus eigenem freien Willen nicht hinkommen wollen, nämlich zu einem Krieg."**

Das System der komplizierten Massenpakte führt in eine Sackgasse, verstärkt nicht die Sicherheit Europas, sondern erhöht die Unsicherheit. Trotz aller eifrigen juristischen Arbeit traut kein Staat dem andern, fürchten alle einander.

### Jahrestag des deutsch-polnischen Abkommens

Die Grundlage jeder wahrhaften Sicherheit muß aber das Vertrauen sein. Und auf diesem Gebiete hat Deutschland durch sein zweiseitiges Abkommen mit Polen vom 26. Januar 1934, dessen ersten Jahrestag wir heute feiern, gezeigt, wo der Weg ins Freie aus dem Labyrinth kollektiver Pakte liegt. Der Führer hat den deutsch-polnischen Vertrag „eine der geschichtlich bedeutsamsten Korrekturen" genannt, die rechtzeitig durchgeführt wurden, nämlich „eine Korrektur des Irrtums, als ob zwischen den beiden Völkern eine Feindschaft als eine Art Erbmasse stets vorhanden gewesen wäre und damit für alle Zukunft vorhanden sein müßte." Der deutsch-polnische Konflikt war für die europäische Diplomatie ein Dauerfaktor, mit dem jeder Staat rechnen zu können glaubte. Für alle Zeiten schien es möglich, die beiden Staaten stets gegeneinander ausspielen zu können. Und wenn ein Krieg in Europa ausbrach, so mußte er nach allgemeiner Ansicht unter allen Umständen an der deutsch-polnischen Grenze seinen Anfang nehmen.

Das ist seit dem 26. Januar 1934 anders geworden. Durch eine rückhaltlose, ehrliche Aussprache zu zweien beendeten diese beiden Nachbarvölker das Verhältnis der Dauerspannung, das ihre Beziehungen solange gestört hatte. Hier wurde zum erstenmal einer der Hauptgrundsätze der Außenpolitik Adolf Hitlers praktisch durchgeführt. Wenn man den Frieden in Europa festigen will, so sollen zuerst einmal die Nachbarvölker ihre Streitigkeiten freimütig klären und beenden. Dann wird von dort aus der Frieden sich ganz natürlich und von selbst über den ganzen Erdteil ausbreiten. Es war bezeichnend, daß zwei autoritär geführte Staaten wie Polen und Deutschland sich rascher zueinander fanden als anders regierte Länder. Man weiß ja, wie oft die außenpolitische Entwicklung in Europa gestört oder verlangsamt oder in falsche Bahnen gelenkt wurde durch plötzliche französische Ministerkrisen. Die Zahl der Kabinette, die seit dem Kriege in Frankreich regierten und die taktisch in ihrer Politik oft sehr stark voneinander abwichen, ist kaum zu übersehen. Mehr als einmal scheiterten vernünftige Ansätze regierender Minister in Paris an dem parteipolitischen Wirrwarr, der immer wieder Kabinette ohne feste Grundlage und ohne jeden sicheren Hinterhalt entstehen und wieder verschwinden ließ. Nur autoritär regierte Staaten sind in der Lage, wirklich Außenpolitik auf lange Sicht zu machen. Auf diesen Grundsatz ist an dieser Stelle immer wieder hingewiesen worden. Außenpolitik braucht Zeit. Außenpolitik braucht Minister, die nicht von heute auf morgen durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten gestürzt werden können, sondern die wirklich Entschlüsse auf Jahre und Jahrzehnte hinaus zu fassen vermögen.

Das ist zur Zeit sowohl in Deutschland wie in Polen der Fall. Wenn der Vertrag zustande kam und wenn er, trotz manchen Gegensätzen und trotz mancher kleineren Entgleisungen untergeordneter Stellen, erfolgreich weiterwirken konnte, so ist das in erster Linie der überragenden Persönlichkeit des alten polnischen Marschalls Pilsudski